

Interview mit den BILD-am-SONNTAG-Redakteuren Anna von Bayern, Michael Backhaus und Roman Eichinger vom **1.März 2009**

KARL-THEODOR ZU GUTTENBERG: Ich bin jemand, der mit dem nötigen Ernst und mit relativ fröhlicher Gelassenheit ins Leben blickt und immer versucht, ein gerüttelt Maß an gesundem Menschenverstand wirken zu lassen. All dies muss sich nicht widersprechen. Ich habe die Angewohnheit, die Dinge kritisch zu lesen, die mir vorgelegt werden, also gut vorbereitet in Gespräche zu gehen. Ich bin dankbar für einen internationalen Erfahrungshorizont. Deshalb stehe ich keineswegs mit zitternden Händen vor der Aufgabe, sondern mit großer Zuversicht.

Sie sprechen morgen mit Opel-Aufsichtsratschef Forster über das Zukunftskonzept des angeschlagenen Autobauers. Was steht für Sie im Mittelpunkt?

Es stellen sich für mich eine ganze Reihe von Fragen. So etwa: Gibt es eine plausible Fortführungsperspektive? Welche Rolle soll GM noch spielen? Was geschieht mit den Opel-Patenten? Würden deutsche Hilfen, die noch längst nicht zugesichert sind, bei GM in den USA versickern?

Opel braucht dringend Deutschland. Aber braucht Deutschland genau so dringend Opel?

Wenn man das Problem auf diese Fragestellung verkürzen könnte, würde es sich vermutlich schnell lösen lassen. Die Dinge liegen aber komplizierter. Bei Opel geht es nicht um die Frage, ob wir an einem romantischen Begriff aus reiner Nostalgie festhalten wollen, sondern darum, ob wir eine Unternehmensstruktur vorfinden, die dauerhaft tragfähig ist. Wir würden uns alle freuen, wenn Opel am Markt bleiben würde. Das kann aber nicht der Staat allein bewerkstelligen.

Die Familie Schaeffler hat jetzt die IG Metall ins Boot geholt, will die Mitbestimmung einführen und ist bereit, die Mehrheit abzugeben. Steigen jetzt die Chancen des Wälz- und Kugellagerherstellers auf Hilfen?

Im Mittelpunkt meiner Betrachtung steht das Unternehmen und nicht die Unternehmensführung. Viel wichtiger ist die Frage, ob neue Investoren gewonnen werden können, und wie hoch das Risiko ist, dass etwaige staatliche Bürgschaften fällig werden. Schaeffler-Conti steht in der Pflicht, ein tragfähiges Zukunftskonzept vorzulegen. Bis heute liegt mir dazu nichts vor. Hier wie bei Opel geht es um Steuergeld, das wir nicht leichtfertig aufs Spiel setzen werden.

Schaeffler beruft sich auf die überragende Bedeutung seiner Produkte für die Autoproduktion weltweit – eine Art Lehman-Bank der Autoindustrie.

Eine überragende Bedeutung sollte es für Investoren reizvoll machen, sich zu engagieren.

Viele Mitarbeiter von Opel und Schaeffler sowie anderer bedrohter Firmen befürchten, dass bei einer Insolvenz alle Lichter ausgehen, alle Jobs entfallen. Ist das so?

Unabhängig von Schaeffler und Opel eine nüchterne Antwort auf eine emotionale Frage: Das Insolvenzrecht kann einen plausiblen Neuanfang ermöglichen, der nicht zwingend zum Wegfall aller Jobs führt. Zugleich möchte ich mit einem weit verbreiteten Irrglauben

aufräumen: Das Eingreifen des Staates in ein Unternehmen schützt NICHT vor Arbeitsplatzabbau. Im Gegenteil erzwingen die EU-Vorgaben gerade bei Umstrukturierungsbeihilfen grundsätzlich einen Kapazitätsabbau.

Gehört nicht auch zu den Irrtümern, dass ein Unternehmen, bei dem der Staat sich engagiert, nicht mehr pleitegehen kann?

Aus diesem Grund muss die Politik mit Blick auf die Steuerzahler den reflexhaften Ruf nach dem Staat genau hinterfragen. Und wir müssen darauf achten, dass nicht durch staatliches Handeln die Arbeitsplätze der einen Firma gerettet, dafür die eines Konkurrenten vernichtet werden.

Eine Insolvenz ist doch auch immer die Chance, sich von Altlasten zu befreien, die nicht mehr zu stemmen waren.

Das Insolvenzrecht bietet mehr Möglichkeiten, als vielen bewusst ist. Für ein Unternehmen mit einem zukunftsfähigen Konzept bietet es die Chance auf einen Neuanfang. Noch einmal: Es geht um das Unternehmen und nicht um Unternehmer.

Herr Minister, wie schlimm wird 2009 wirklich?

Die Lage ist ernst. Ich beteilige mich aber nicht an den täglichen Wettläufen um möglichst düstere Prognosen.

Sehen Sie Hoffnungszeichen am Horizont?

Ich sehe auch in der Krise ein ganzes Bündel Hoffnungszeichen. Es gibt viele krisenresistente Unternehmen oder sogar ganze Wirtschaftszweige, in denen es gut läuft. Auch konkret geschieht einiges. Wir haben in dieser Woche 36 Verträge in Milliardenhöhe mit China abgeschlossen. Wir täten gut daran, diese positiven Nachrichten offensiver nach draußen zu tragen, anstatt uns in der Krise wegzuducken. Wir waren in diesem Lande immer in der Lage, Außergewöhnliches zu leisten. Auf diese Stärke können wir bauen.

Nach der Sommerpause kommt der Aufschwung?

Aus den Hoffnungszeichen und einigen Prognosen lässt sich ableiten, dass es ab Herbst auch wieder aufwärts gehen kann.

Der Koalitionsausschuss befasst sich in dieser Woche mit den Manager-Gehältern. Die SPD will, dass Unternehmen Gehälter nur noch bis zu einer Million Euro voll von der Steuer absetzen können. Was wollen Sie?

Von einem pauschalen Blöken in diese Richtung halte ich überhaupt nichts. Nur dort, wo der Staat in ein Unternehmen einsteigt, sind Grenzen sinnvoll. Bei Unternehmen am freien Markt müssen wir uns raushalten. Hier wäre es sinnvoll, wenn künftig die Hauptversammlung aller Aktionäre die Gehälter der Top-Manager festlegt und nicht nur das Präsidium des Aufsichtsrates. Das würde zu einer größeren Akzeptanz führen.

Die SPD fordert zudem eine Börsenumsatzsteuer, die drei Milliarden Euro erbringen soll. Und SPD-Chef Müntefering sagt, zur Bewältigung der Krise sollen die „Reichen“ mehr Steuern zahlen. Stimmen Sie dem zu?

Wie man sich ausgerechnet jetzt die Köpfe über neue Steuern zerbrechen kann, ist mir völlig unverständlich. Der Gedanke der Börsenumsatzsteuer entspricht der überkommenen Idee, Sand ins Getriebe der Finanzmärkte zu streuen. Stattdessen wäre es wichtiger, deren Funktionsfähigkeit in einem stabilen und vernünftigen Regulierungsrahmen zu erhöhen.

Die Koalition streitet weiter über einen Mindestlohn für die Zeitarbeitsbranche. Wie stehen Sie dazu?

Beim Mindestlohn bin ich kein Romantiker. Das Wort klingt reizvoll, rechtfertigt aber nicht pauschal das Modell. Mindestlöhne verschärfen gerade in der Krise die Probleme am Arbeitsmarkt.

Während Manager, die Milliarden verbrannt haben, dicke Abfindungen bekommen, wurde einer Kassiererin gekündigt, weil sie 1,30 Euro unterschlagen hat. Können Sie verstehen, dass viele Bürger da Zweifel an der Gerechtigkeit in diesem Land haben?

Ich kann und will ein Gerichtsurteil nicht infrage stellen und kenne auch die genauen Umstände nicht. Aber trotzdem: Wenn es darum ginge, dass eine Frau, die 31 Jahre für ein Unternehmen gearbeitet hat, wegen 1,30 Euro gefeuert wird, kann ich das Kopfschütteln vieler Bürger gut nachvollziehen.

Sie sind vor zehn Jahren in die CSU eingetreten, vor drei Monaten wurden Sie CSU-Generalsekretär und vor drei Wochen mit 37 Jahren jüngster Bundeswirtschaftsminister aller Zeiten. Kommen Sie mit Ihrer Karriere noch mit oder geht es Ihnen wie den Indianern, die sagen: Der Körper ist schon da, die Seele kommt nach?

Zunächst einmal ist es wichtig, bescheiden zu bleiben, Bodenhaftung zu bewahren und die Arbeit zu machen, zu der man berufen wird.

Ihre Karriere kannte bisher nur eine Richtung: steil bergauf. Lassen Sie den Gedanken an sich heran, dass Sie in Ihrem neuen Amt scheitern können – sowohl politisch als auch an Ihren eigenen ordnungspolitischen Grundsätzen?

Politische Arbeit lässt sich nicht nur daran bemessen, ob man sich ständig auf der Erfolgstour befindet. Wenn man mit Realismus und der notwendigen Demut an ein Amt herangeht, wird einem bewusst, dass es viel wichtiger ist, sich selbst treu und gleichzeitig authentisch zu bleiben. Mit einem solchen Anspruch kann man Erfolg haben, man kann aber auch scheitern. Deutschland braucht eine mahnende ordnungspolitische Stimme. Die will ich gerne sein.

Sie sind bekennender Katholik. Gibt Ihnen Ihr Glaube Kraft in schwierigen Situationen?

Ja, selbstverständlich.

Beten Sie vor folgenreichen Entscheidungen?

Ich spreche so oft es geht das Abendgebet mit meinen Kindern. Gleichzeitig verlasse ich mich in erster Linie auf meinen eigenen Verstand. Der kann einen natürlich auch mal verlassen. Aber das war bisher nicht inflationär häufig der Fall.